Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/340

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

26. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 12. April 1962

27. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 13. April 1962

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordneter **Dr. Mommer**

Haben sich in der amerikanischen Politik neue Ansatzpunkte für Verhandlungen über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens ergeben?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter **Wittrock**

Trifft die Bundesregierung Vorbereitungen zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, und zwar mit dem Ziel, auf diese Weise etwaige Zweifel gegen die rechtliche Zulässigkeit einer öffentlichen Auswertung vergleichender Warentests zu beseitigen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Fritsch**

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Flüchtlinge aus der SBZ ihren Anspruch nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz nur deswegen nicht verwirklichen können, weil sie nach der Ausschlußfrist, also nach dem 3. Februar 1954, in die Bundesrepublik kamen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Hält die Bundesregierung die von der bundeseigenen Industrieverwaltung in Bad Godesberg geforderten Mieten für Industriegebäude in Duderstadt (Euzenberg) für geeignet, die Ansiedlung von Firmen anzuregen und ihre Seßhaftmachung zu fördern?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die von ihr benannten Mitglieder des Aufsichtsrates des Volkswagenwerkes zur Ablehnung der Preiserhöhung für den Volkswagen zu veranlassen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

Abgeordneter **Dr. Kohut**

Welche Ursachen oder Versäumnisse haben dazu geführt, daß die Bundesrepublik die Höchstziffer an Kinderlähmungserkrankungen in Europa aufzuweisen hat?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VI. 1. Abgeordneter **Opitz**

Ist die Bundesregierung bereit, für Bundesbedienstete, die in der Ferienzeit die Betreuung von Jugendlichen in Freizeitlagern des Landessportbundes übernehmen wollen, in angemessenem Maße Sonderurlaub zu gewähren?

VI. 2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Wird im Interesse der Filmwissenschaft und der Filmgeschichte von irgendeiner Stelle in der Bundesrepublik wenigstens eine Kopie aller seit 1945 in der Bundesrepublik hergestellten Filme archiviert?

VI. 3. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Trifft es zu, daß aufgrund der Bestimmungen des Sicherheitsfilmgesetzes in den letzten Jahren zahlreiches Spiel-Filmmaterial vernichtet worden ist, ohne daß wenigstens ein oder zwei Kopien für filmwissenschaftliche Zwecke erhalten geblieben sind?

VI. 4. Abgeordneter **Gerlach**

Aus welchem Grunde erhalten die Bediensteten der Bundeswehr des Standortes Weener (Ems) den Ortszuschlag nach der Ortsklasse A, die Beschäftigten aller übrigen Behörden des öffentlichen Dienstes nur den Zuschlag nach Ortsklasse B, obwohl die Anlagen und Wohnungen der Bundeswehr mit der Stadt Weener einen einheitlichen Siedlungsraum bilden?

VI. 5. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Trifft es zu, daß im Rahmen der Förderung des Baues von Turn- und Sportstätten eine Zuschußgewährung nur für die Errichtung solcher Sportplätze vorgesehen ist, die im Zonenrandgebiet liegen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VII. 1. Abgeordneter **Ritzel**

Wie hoch sind die Subventionsleistungen des Bundes nach der Rechnung 1961?

VII. 2. Abgeordneter **Ritzel**

Wie hoch sind die Schuldverpflichtungen und der Schuldendienst des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände

a) aus der Zeit vor der Währungsreform 1948,
b) seit der Währungsreform 1948

nach dem neuesten Stand?

VII. 3. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**

In welcher Auflage wurde die Broschüre „Appell zur Sparsamkeit" von Dr. Heinz Starke, welche die Haushaltsrede des Bundesfinanzministers vor dem Deutschen Bundestag am 13. März 1962 zum Inhalt hat, gedruckt und verteilt?

VII. 4. Abgeordneter **Jacobs**

Erlaubt es die zollpolitische Liberalität der Bundesregierung, solche Kostbarkeiten der französischen Konditoren wie Croissants und Eclairs unter die besonders charakteristischen Erzeugnisse eines Landes aufzunehmen, die zollfrei als Geschenkartikel von Reisenden eingeführt werden können?

VII. 5. Abgeordneter **Rehs**

Ich frage die Bundesregierung, was sie zur Beschleunigung der Schadensfeststellung zu unternehmen gedenkt, insbesondere, was sie zur schnelleren Arbeit bei den Vororten zu veranlassen beabsichtigt und wann die Rechtsverordnung nach § 43 Abs. 1 Nr. 2a FG (Härteverordnung) erlassen wird?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VIII. 1. Abgeordneter **Blumenfeld**

Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auch weiterhin gegen solche Staaten vorzugehen, die die Wettbewerbssituation der deutschen Seeschiffahrt durch diskriminierende Maßnahmen bedrohen, und insbesondere im Fall Brasilien von den ihr durch das Außenwirtschaftsgesetz gegebenen Abwehrmöglichkeiten Gebrauch zu machen?

VIII. 2. Abgeordneter **Varelmann**

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Raumordnung darum bemüht zu sein, daß in den Gebieten der Erdgasvorkommen im westlichen Niedersachsen sowie in Schleswig-Holstein Industrie angesiedelt wird, in der diese Bodenschätze eine Verwendung finden?

VIII. 3. Abgeordneter **Walter**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Hessischen Braunkohlen- und Ziegelwerke in Kassel-Iringshausen in diesem Jahr noch die Aufschließung des großen Braunkohlenvorkommens bei Ostheim im Kreise Melsungen durchführen sollen?

VIII. 4. Abgeordneter **Walter**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der Notwendigkeit, die im Raum Ostheim geförderte Braunkohle über die Autobahn zu einem Kraftwerk nach Kassel zu transportieren, der schon früher wiederholt geforderte Autobahnanschluß endlich gebaut werden muß?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IX. 1. Abgeordneter **Reichmann**	Besteht in der Bundesrepublik Mangel an Schweineschmalz und genießbaren Schlachtabfällen von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen, weil diese Erzeugnisse von der Bundesregierung zur Einfuhr aus Portugal und den EWG-Ländern ausgeschrieben sind?
IX. 2. Abgeordneter **Reichmann**	Zu welchen Preisen werden Schweineschmalz und genießbare Schlachtabfälle von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen eingeführt?
IX. 3. Abgeordneter **Reichmann**	Wird durch die Einfuhr von diesen billigen Schlachtabfällen der Absatz inländischer hochwertiger Erzeugnisse erschwert und ein Preisdruck für die inländischen Erzeugnisse verursacht?
IX. 4. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**	Billigt die Bundesregierung die Erklärung des Staatssekretärs Hüttebräuker in der Fragestunde vom 21. März 1962, daß im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsminister und dem Bundesfinanzminister bei der EWG-Kommission die Ermächtigung zur Erhebung von Ausgleichsabgaben bei der Einfuhr von Eiern beantragt worden sei, obwohl ein solcher Antrag weder am Tage der Erklärung noch 10 Tage später in Brüssel eingereicht war?
IX. 5. Abgeordneter **Dr. Reinhard**	Treffen Pressemeldungen zu, nach denen im Gegensatz zu der Antwort von Staatssekretär Hüttebräuker auf die Anfragen IV/2 und IV/5 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 21. März 1962 die Ermächtigung zur Erhebung einer Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Eiern bei der EWG-Kommission noch nicht beantragt ist?
IX. 6. Abgeordneter **Dr. Reinhard**	Beabsichtigt die Bundesregierung, den Antrag auf Erhebung einer Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Eiern bei der EWG-Kommission noch zu stellen?
IX. 7. Abgeordneter **Dr. Reinhard**	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, wenn die Ausgleichsabgabe nicht zum Tragen kommt und in nächster Zeit ähnliche Preiseinbrüche auf dem Eiermarkt wie im Februar/März dieses Jahres erfolgen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X. 1. Abgeordneter **Rollmann**	Hält es die Bundesregierung mit den Zielen ihrer Jugendpolitik für vereinbar, daß durch Tarifverordnung der Deutschen Bundesbahn Nr. 419/62, veröffentlicht im Tarif- und Verkehrsanzeiger Nr. 12 vom 17. März 1962, die Fahrpreisermäßigungen für Lehrgangsteilnehmer seit 1. April 1962 entfallen?

X. 2. Abgeordneter **Liehr**

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn mit Wirkung vom 1. April 1962 die bisher gewährten Fahrpreisermäßigungen für Lehrgangsteilnehmer beseitigt hat, ohne den Bundesfamilienminister oder die Träger der freien Jugendarbeit als davon unmittelbar Betroffene vorher einzuschalten?

X. 3. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**

Billigt die Bundesregierung die Entscheidung der Bundesbahndirektion Hamburg, den Sonntagsverkehr auf der Bundesbahnstrecke Wrist-Itzehoe gegen erhebliche Einwendungen und Bedenken der örtlichen Bundesbahn-Dienststellen und des Magistrats der an dieser Strecke liegenden Stadt Kellinghusen mit Beginn des Sommerfahrplans 1962 stillzulegen und durch Einlegung zusätzlicher sechs bis acht Omnibuspaare auf der Bundesstraße 206 einen Schienenersatzverkehr einzuführen?

X. 4. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stadt Kempten (Allgäu), als Verkehrsmittelpunkt der Allgäuer Wirtschaft, in diesem Frühjahr nunmehr bereits zum 13. Male seit Bestehen der Bundesrepublik und eines Bundeshaushalts mit entsprechenden Ansätzen zur Unterhaltung und zum Um- und Ausbau der Bundesfernstraßen fast von jedem notwendigen Fernlastverkehr über 6 bzw.9 t auf Wochen und Monate abgeschnitten ist, obwohl die Stadt Kreuzungspunkt von 5 Bundesstraßen ist?

X. 5. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Warum hat die Bundesregierung es bisher unterlassen, diesen ihr bekannten verkehrserschwerenden und wirtschaftsschädigenden Tatsachen durch geeignete Überbrückungsmaßnahmen im Rahmen der jährlich vorhandenen Mittel so lange entgegenzutreten, bis die seit 1959 aufgestellten Vierjahrespläne zum Bundesfernstraßenausbau einen ganzjährigen Anschluß an das westdeutsche Straßennetz ermöglichen?

X. 6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, noch während des Rechnungsjahres 1962, und zwar noch vor Einbruch des Winters, im Rahmen der dem Bundesverkehrsministerium gegebenen haushaltsrechtlichen Möglichkeiten für vorbeugende Maßnahmen an den 5 Kempten kreuzenden Bundesstraßen zu sorgen, die für das nächste Frühjahr reibungslosere Verkehrsverbindungen für die aus dem Allgäu in die westdeutschen Ballungsgebiete täglich laufenden Lebensmitteltransporte und damit auch ein Ende der jedes Jahr für die Allgäuer Fernverkehrsbetriebe unzumutbaren Zusatzbelastungen gewährleisten?

X. 7. Abgeordneter **Börner**

Welche Ergebnisse haben die vom Herrn Bundesverkehrsminister in der Fragestunde am 13. Dezember 1961 angekündigten Verhandlungen mit dem Verband der Automobilindustrie über die Anbringung von Schmutzfängern an Kraftfahrzeugen gehabt?

X. 8. Abgeordneter **Börner**

Entsprechen die Ausbildungsvorschriften für Privatpiloten in der Bundesrepublik den Anforderungen, die sich aus der ständigen Zunahme des Luftverkehrs ergeben?

X. 9. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die durch die Vergrößerung des NATO-Flugplatzes in Lahr erforderlich werdende Umsiedlung der Gemeinde Langenwinkel auch eine Änderung in der hart südlich Langenwinkel geplanten Linienführung des Autobahnzubringers nach Lahr und eine Verlegung der Bundesstraße 36 notwendig macht?

X. 10. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß von der Deutschen Bundesbahn für in Pension gehende Bedienstete, die Dienstwohnungen räumen müssen, Pensionärwohnungen bereitgestellt werden?

X. 11. Abgeordneter **Spitzmüller**

Entsprechen Zeitungsmeldungen der Wahrheit, nach denen die gefertigte und vom Bundesverkehrsminister als endgültig bezeichnete Planung der Autobahnausfahrt Weil-Friedlingen wegen der erst jetzt bekanntgewordenen Erweiterungsplanungen der Deutschen Bundesbahn nicht ausgeführt werden?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Herr Bundespostminister bereit zu prüfen, ob — ähnlich wie in den USA — ein „Dienst für die öffentliche Meinung" eingerichtet werden kann, in welchem der Staatsbürger Parlament und Regierung gegenüber seinem Ärger Luft machen und seine Sorgen vortragen kann?

XI. 2. Abgeordneter **Bading**

Bemüht sich die Bundespostverwaltung zur Abkürzung der bei der Erstellung von Telefonanschlüssen bis zu zwei Jahren währenden Ausführungsfristen um die Lieferung von Material und Geräten aus dem Ausland?

XI. 3. Abgeordneter **Bading**

Wann gedenkt die Bundespostverwaltung die neuen Postleitzahlen im eigenen Dienstbereich zu verwenden?

XI. 4. Abgeordneter **Börner**

Wann werden graphische Gestaltung und Auswahl der Schmucktelegramme der Deutschen Bundespost den Wünschen der Postkunden angepaßt?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

XII. 1. Abgeordneter **Ertl**

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung erwägt, notfalls Baugrundstücke durch Enteignung zu beschaffen?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Brecht**

Ist die Bundesregierung auch jetzt noch der Auffassung, daß die Frist von rund einem Monat ausreicht, um die neuen Mieter des sozialen Wohnungsbaues über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen nach den neuen Grundsätzen aufgrund der Verordnung vom 22. März 1962 in ausreichendem Umfang aufzuklären, so daß die in Frage kommenden Mieter noch rechtzeitig bis zum 1. Mai ihre Anträge aufgrund der seit dem 1. Januar 1962 in Kraft getretenen Neuregelung stellen können?

XII. 3. Abgeordneter **Dr. Brecht**

Hält die Bundesregierung die aufgrund der Reichsgaragenordnung in Länder-Erlassen festgelegte Richtzahl für die Ermittlung der Zahl der Wagenstellplätze für richtig, wonach auch bei Mehrfamilienhäusern des sozialen Wohnungsbaues ein Wagenstellplatz für 1 bis 2 Wohnungen vorgeschrieben wird, also auch für Wohnungen, deren Mieter nur über ein geringeres Einkommen verfügen, ohne daß von diesen Richtzahlen Ausnahmen im sozialen Wohnungsbau zugelassen werden?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

XIII. 1. Abgeordneter **Müller (Nordenham)**

Ist bekannt, daß beim Zonenübergang Heinrich-Heine-Straße in Ost-Berlin Besucher aus der Bundesrepublik zwecks Ausstellung eines Tagespassierscheines bis zu vier Stunden bei Wind und Wetter draußen in einer langen Schlange warten müssen, während immer nur fünf Personen auf einmal in die neuerbauten Kontrollbaracken eingelassen werden, obwohl drinnen Platz für etwa 30 bis 40 Personen ist?

XIII. 2. Abgeordneter **Müller (Nordenham)**

Ist bekannt, daß Interzonenhändler am Zonenübergang Heinrich-Heine-Straße in Ost-Berlin bevorzugt und sofort abgefertigt werden?

XIII. 3. Abgeordneter **Müller (Nordenham)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem Mißstand in der Abfertigung beim Zonenübergang Heinrich-Heine-Straße in Ost-Berlin abzuhelfen?

Bonn, den 6. April 1962